

«Die SP-Initiative ist ein erhebliches Risiko»

Aussichten Laut Anton Lauber ist die Trendwende gelungen. Einen Strich durch die Rechnung machen könnte die Prämien-Initiative der SP.

VON HANS-MARTIN JERMANN

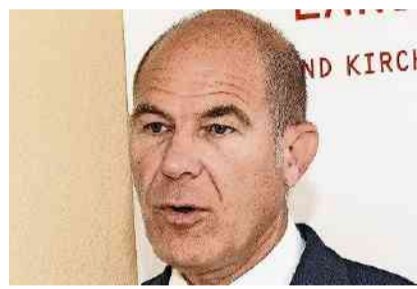
Herr Lauber, nach Jahren mit roten Zahlen haben Sie einen Finanzplan vorgelegt, der bis 2021 schwarze Zahlen vorsieht. Ist bei den Finanzen die Trendwende gelungen?
Anton Lauber: Das darf ich mit einer gewissen Zurückhaltung sagen. Die Trendwende hat sich ja abgezeichnet. Bereits in den Rechnungen 2015 und 2016 hat der Kanton operativ - ohne ausserordentlichen Aufwand für die Pensionskasse - schwarze Zahlen geschrieben. Auch für 2017 zeichnet sich ein Plus in der Rechnung ab.

In den vergangenen Jahren wurde vor stark steigenden Gesundheitskosten, Belastungen durch die Pensionskasse oder den Folgen der Unternehmenssteuerreform III gewarnt. Mit den schwarzen Zahlen scheint das wie weggewischt. Haben Sie den Teufel an die Wand gemalt?
Die Regierung hat immer objektiv und umfassend informiert. Wir haben mit der Finanzstrategie 2016 bis 2019 eine präzise Analyse des Ist-Zustandes vorgelegt und damit auch auf die Aufhebung der Wechselkurs-Bindung per Anfang 2015 reagiert. Das Forschungsinstitut BAK Basel prognostizierte damals einen Einbruch der Steuereinnahmen. Das ist zum Glück nicht eingetroffen. Die Belastungen durch die Pensionskasse sind aber eingetroffen und haben einen grossen Fehlbetrag in der Bilanz zur Folge. Die Folgen der Unternehmenssteuerreform hat das Stimmvolk bloss um zwei Jahre nach hinten verschoben. In der Öffentlichkeit wurde zudem ein allzu düsteres Bild der Lage gezeichnet. Daraus resultierte in der politischen Diskussion eine Dynamik, die so nicht der Realität entspricht.

Reaktionen auf die schwarzen Budget-Zahlen Energieförderbeiträge aufstocken

Das Baselbieter Budget 2018 und die Aussichten für die Folgejahre werden von der Politik positiv kommentiert. Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr sieht in den positiven Zahlen die «Bestätigung dafür, dass der Turnaround geschafft ist». Die finanziellen Risiken seien deutlich kleiner als auch schon. Zudem sei - etwa bei den Nationalbankgewinnen - eher konservativ budgetiert worden, findet Kirchmayr. Es könnte also noch besser rauskommen als nun veranschlagt. Kirchmayr fordert mit Verweis auf die tiefen Zinsen, nun «intelligent in die Zukunft des Kantons zu investieren.» Auch sei das auf Eis gelegte Programm für energetische Gebäudesanierungen zu aktivieren und mit neuen Mitteln auszustatten. «Der Kanton hat hier die Möglichkeit, konkret etwas gegen die Klimakatastrophe zu unternehmen.» Ausserdem stimuliere das Programm die KMU-Wirtschaft.
SP-Landrat Urs Kaufmann führt das gleiche Beispiel an: Nun gelte es, für den laufenden Verpflichtungskredit des Gebäudesanierungsprogramms einen Nachfolger - oder einen Ersatz für die vom Volk abgelehnte Energieabgabe - aufzubauen. Generell findet Kaufmann, dass angesichts der besseren Perspektiven nun «nicht mehr der hinterste und letzte Franken» aus dem Budget herausgepresst werden soll. Dass die SP-Prämienverbilligungs-Initiative wie

Die Baselbieter Finanzen waren sogar ein «Schnitzelbagg»-Thema. Dies auch, weil Basel-Stadt viel besser dastand. Sind sie froh, dass diese Vergleiche nun ein Ende haben? Sehen Sie, ich habe Baselland nie mit Basel-Stadt verglichen. Basel-Stadt war und ist bei den Finanzen ein Spezialfall. Schweizweit steht Baselland gut da. Mit Blick auf die Nachbarkantone Aargau und Solothurn kann ich sagen: Die Herausforderungen sind dort sehr ähnlich, wir haben im Baselbiet aber



«Letztlich stellt sich halt immer die Frage der Finanzierung der 72 Millionen: Steuern oder Sparen?»

Anton Lauber Baselbieter Finanzdirektor

sehr früh angefangen, auf die schlechtere Lage zu reagieren. Auch deshalb kann ich bereits heute sagen: Die Talsohle ist durchschritten.

Wenn es Baselland besser geht, dann haben Sie künftig schlechtere Karten, wenn es darum geht, bei partnerschaftlichen Geschäften Entlastungen für Baselland zu fordern.
Das wäre der falsche Ansatz. Bei der Universität etwa müssen wir uns überlegen: Wie soll sich diese in den kommenden Jahren entwickeln? Wie regeln wir die Funktion von Baselland und Basel-Stadt als Träger der Uni partnerschaftlich? Wie sehen die Strategie und die Corporate Governance bei der Uni aus? Diese Themen müssen zusätzlich zur finanziellen Situation der beiden Partnerkantone behandelt werden. Das gilt auch für andere Institutionen, die

wir mit Staatsbeiträgen alimentieren. Ich arbeite hier an der Einführung eines Staatsbeitrags-Controllings.

Wo besteht Handlungsbedarf? Bei der Uni liegt ja ein Deal vor. Will Baselland bei der Fachhochschule Nordwestschweiz stärker sparen?
Darüber kann ich Ihnen derzeit keine Auskunft geben. Das Konzept zum Staatsbeitrags-Controlling befindet sich in Bearbeitung. Ich stelle fest, dass Baselland insgesamt über 1,6 Milliarden Franken (von total 2,8 Milliarden) ausgibt für Aufgaben, die per Gesetz, Staats- oder Subventionsverträge festgeschrieben sind. Auf einige Ausgaben hat der Kanton bloss mittelbar Einfluss - zum Beispiel bei den Ergänzungsleistungen, die bundesrechtlichen Vorgaben folgen. Das Ziel ist, dass wir die Grundlagen dieser Verträge und Gesetze aktiv bewirtschaften.

Wäre es falsch, wenn die bz schreibt: «Lauber will bei der FHNW sparen»? Bewirtschaften heisst nicht zwingend sparen. Es geht darum, dass wir diese Verträge unter den Aspekten Zielsetzung, Nutzen, Effizienz und finanzielle Tragbarkeit überprüfen.

Sie haben vorgerechnet, dass die Prämienverbilligungs-Initiative der SP den Kanton 72 Millionen Franken pro Jahr kosten würde. Sie sind gegen die Initiative?
Zum jetzigen Zeitpunkt besteht meine Aufgabe darin, Risiken aufzuzeigen, die den Aufgaben- und Finanzplan bis 2021 negativ beeinflussen könnten. Die Initiative ist ein erhebliches Risiko. Mehr kann ich derzeit nicht sagen.

Die Initiative hat in einer Abstimmung gute Chancen. Bastelt die Regierung an einem Gegenvorschlag?
Die Frage eines Gegenvorschlags stellt sich immer. Fakt ist: Die gleiche Initiative wurde im Kanton Aargau kürzlich mit einem Nein-Anteil von 66 Prozent abgelehnt. Letztlich stellt sich halt immer die Frage der Finanzierung der 72 Millionen: Steuern oder Sparen?

KOMMENTAR

Positive Dynamik

Der Kanton Baselland hat den Turnaround geschafft. Der wieder erlangte finanzielle Spielraum wird einen Verteilungskampf nach sich ziehen. Nötig ist nach schmerzhaften Sparpaketen, die den Kanton auch stimmungsmässig lähmten, eine vorwärtsgerichtete Politik. Das bedeutet nicht, einfach bei den laufenden Ausgaben die Schleusen zu öffnen. Gefragt ist vielmehr ein Effort in der



von Hans-Martin Jermann

Standortpolitik. Angesichts der wirtschaftlich rosigen Aussichten muss es dem Kanton nun gelingen, in substanziellem Ausmass neue Firmen anzulocken. Anlocken kann er diese mit Investitionen in Bildung und Verkehr - also in die Standortattraktivität. Die Gelegenheit ist günstig, die Zinsen sind tief. Damit lassen sich die Steuereinnahmen erhöhen, ohne dass die Steuersätze angehoben werden müssen. Lange war Baselland im Abwärtsstrudel gefangen. Endlich bietet sich die Möglichkeit, eine positive Dynamik zu erzeugen.

@ hans-martin.jermann@azmedien.ch

40 Millionen für neue Sport- und Schulinfrastruktur

Dornach Die teilweise akuten Mängel der Sport- und Schulanlagen sollen behoben werden. Ein vom Gemeinderat genehmigtes Konzept verabschiedet sich zudem von der Schwimmhalle.

VON LUKAS HAUSENDORF

«Es besteht Handlungsbedarf bei allen Anlagen.» So die Kernaussage, mit der Architektin Ulrike Hörler am Montag die Präsentation des langfristigen Gemeindefortschrittskonzepts (Gesak) eröffnete. Dieses präsentierte eine Gesamtlösung, die auch eine komplette räumliche Neuordnung der Sportinfrastruktur vorschlägt. Denn: Heute sind die Anlagen zu dezentral verteilt, und vor allem sind die Aussenanlagen für den Schulsport nicht nutzbar.

Die Gesamtlösung der Autoren des Gesak will die Sportinfrastruktur im Geviert Widen, Gwänd, Bruggweg und Brühl konzentrieren. Auch der SC Dornach soll seine Aktivitäten mittelfristig dort bündeln, weil das Gigersloch komplett zu einer Freizeitanlage umgenutzt werden soll. Durch die räumliche Konzentration können Synergien mit den Sporthallen der Schulen geschaffen werden, die mit einer neuen Unterführung an die Sportfelder im Widen angebunden werden sollen. Eine provisorische Etappierung sieht vor, in einem ersten Schritt die Fussballfelder zu realisieren. Die heutigen Eigentumsverhältnisse erlauben ein grosses Feld sowie ein kleineres Kunstrasenfeld im nördlichen Teil der Anlage.

Die zweite Etappe würde das Ende der Schwimmhalle besiegeln. Das wird in Dornach noch für Diskussionen sorgen. «Das wird schlecht ankommen», gab Gemeinderätin Annabel Lutgen (FDP) zu bedenken. Im Gemeinderat herrscht allerdings breiter Konsens, dass die in die Jahre gekommene Schwimmhalle im Unterhalt schlicht zu teuer ist und keine Zukunft mehr hat.

«Ausserordentliche Dimension»

Im Konzept integriert ist auch die Erweiterung des Schulraums für die Primar- und Sekundarstufe, wo bereits kurzfristig akuter Raumangel besteht. «Dornach ist eine Wachstumsgemein-

de», sagte Hörler mit Verweis auf das Entwicklungsgebiet an der Birs. Sprich: Die Gemeinde muss sich für überproportional wachsende Schülerzahlen einrichten. Die Erweiterung der Primarschule ist allerdings erst in einer letzten Etappe vorgesehen, was schneller auch kaum möglich wäre, wie Thomas Gschwind (Freie Wähler) einwarf. Denn auf die Schnelle sei schlicht kein Projekt planungsreif. Die jahrelange Untätigkeit wollte Gschwind auch als Chance verstanden wissen: «Jetzt haben wir die Chance auf einen grossen Wurf anstelle von Pflästerlipolitik.»

Der grosse Wurf ist nicht ganz günstig. Das Gesak rechnet mit einem Investitionsvolumen von rund 40 Millionen Franken. «Das ist eine ausserordentliche Dimension für Dornach», so Gemeindepräsident Christian Schlatter (Freie Wähler). Er verwies aber darauf, dass die Solothurner Gemeinde Derendingen ein vergleichbares Projekt bei schlechterer Finanzlage als Dornach angestossen habe. «Wir haben noch einiges an Eigenmittel», betonte Schlatter.

Planungskredit kommt vor GV

Das Konzept wurde vom Gemeinderat am Montag einstimmig verabschiedet. Bereits im Dezember soll der Gemeindeversammlung ein Planungskredit beantragt werden. Bereits jetzt soll die Bevölkerung über Mitwirkungsverfahren und Informationsanlässe ins Boot geholt werden. Eine Urnenabstimmung, falls sie für den Planungskredit nötig wird, wäre für Februar 2018 terminiert.

AUSGEMUSTERT

Für einen Franken: Tanklöschfahrzeug verkauft

Die Stützpunktfeuerwehr Dornach hat ihr neues Tanklöschfahrzeug im Oktober 2016 in Empfang nehmen können. Jetzt kann das alte Tanklöschfahrzeug ausser Betrieb genommen werden. Auf Vorschlag des Feuerwehrkommandos hat der Gemeinderat der Überstellung des alten Fahrzeugs an die Gemeinde Dobrodzien/Guttentag in Polen zum symbolischen Preis von einem Franken zugestimmt. Das Fahrzeug wird durch Angehörige der Stützpunktfeuerwehr überbracht. Die Übergabe wird mit einer Schulung verbunden.

NACHRICHTEN

REINACH Archroma steigt stärker bei M. Dohmen ein

Archroma mit Sitz in Reinach, ein weltweit führender Hersteller von Farb- und Spezialchemikalien, hat den Erwerb von weiteren 26 Prozent der Anteile der M. Dohmen SA bekannt gegeben. M. Dohmen ist eine internationale Firmengruppe, die sich auf die Fertigung von Textilfarben und Chemikalien für die Automobil-, Teppich- und Bekleidungsindustrie spezialisiert hat. Archroma hatte 2014 bereits 49 Prozent der Anteile von M. Dohmen übernommen. Infolge dieser Entwicklung ist Alexander Wessels, CEO von Archroma, zum Vorstandsvorsitzenden der M. Dohmen Gruppe ernannt worden und löst in dieser Funktion Firmengründer Manfred Dohmen ab, der weiterhin einen Sitz im Vorstand behält. (BZ)

SCHULGESUNDHEITSGESETZ Gemeindeverband fordert Anpassung

Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) will die Totalrevisi- on der gesetzlichen Grundlagen in der Schulgesundheit auch zum Anlass

nehmen, um die gängige Praxis nachzuvollziehen. Immer mehr Erziehungsber- rechtigte liessen ihre Kinder beim Kin- der- respektive Hausarzt untersuchen. Dieser Kenne das untersuchte Kind seit Jahren und könne Veränderungen und Auffälligkeiten rasch erkennen, schreibt der VBLG in seiner Vernehmlassungsant- wort. Die schulärztliche Untersuchung soll weiterhin angeboten werden, zum Beispiel für Eltern, die keinen Hausarzt haben. Weiter fordert der VBLG die indi- viduelle ärztliche Untersuchung auch auf der Sekundarstufe, sei dies durch den Hausarzt oder subsidiär durch den Schularzt. Die blosser Möglichkeit, sich in der Sekundarschule für eine individuelle Beratung anzumelden, erachtet er als un- genügend. (BZ)

KATHOLISCHE LANDESKIRCHE Neue Leiterin für Ehe- und Partnerschaftsberatung

Andrea Gross, katholische Theologin, systemische Therapeutin und ehemalige Spitalseensorgerin, hat die Fachstel- lenleitung der Ehe- und Partnerschafts- beratung der Römisch-katholischen Landeskirche Baselland übernommen und ihren langjährigen, in Pension ge- gangenen Vorgänger Norbert Engeler abgelöst. (BZ)